

Bald Tempo 30 rund um die Friedrichstraße?

WERMELSKIRCHEN (ser) Die WNKUWG regt in einem Schreiben an die Stadtverwaltung an, das Wohngebiet Friedrich-/Karolinen-/Viktoriastraße flächendeckend zu einer Tempo-30-Zone zu machen. Fast alle Straßen in Wermelskirchen, die durch Wohngebiete führen oder diese erschließen, seien Teile von Tempo-30-Zonen, teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit. Im Bereich rund um die Friedrichstraße gilt hingegen Tempo 50 – Rehse fragt daher, ob dies nur ein Versehen ist, oder ob es dafür Gründe gibt. Falls nicht, regt er an, dort ebenfalls eine Tempo-30-Zone einzurichten. Der Parkdruck in dem Wohngebiet habe zugenommen, außerdem würden die Straßen als Schleichweg zu und – widerrechtlich – auch von Rewe und Obi genutzt.

Freie Wähler fordern *15.11.* neuen Asphalt für K 15

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt, im Kreishaushalt 2015 Geld für eine neue Asphaltdecke der K 15 zwischen Dabringhausen und Emminghausen bereitzustellen. Die meisten Flicker der vergangenen Jahre würden „nicht einmal die nächste Frostperiode überdauern“. Weil nicht sicher sei, dass die K 15 – wie vorausgesagt – 2017 / 2018 saniert wird, solle das eben kurzfristig passieren.

Taxifahrer als Experten anhören

VERKEHRENTWICKLUNG
WNK UWG weiter für Umfrage.

In Sachen Verkehrsentwicklungsplanung steht die WNK-UWG-Fraktion ganz auf der Linie der Stadtverwaltung und unterstützt die geplante Umfrageaktion.

Das begründet Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit dem Hinweis, dass es besonders wichtig sei, dass sich möglichst viele mit ihrer Meinung einbringen könnten. „Planung und Korrekturen dürfen nicht an den Bürgern vorbei vorgenommen werden.“

Um eine möglichst breite Datenbasis zu erlangen, soll nach Auffassung von Rehse die Umfrage auf eine ziemlich breite Basis gestellt werden. Dazu gehören nach seiner Auffassung außer einem Fragebogen auch Bürgerversammlungen und auf das Internet gestützte Beteiligungsmöglichkeiten. Außerdem regt die Fraktion an, weitere Berufsgruppen mit besonderen Sachverstand mit in die Überlegungen einzubeziehen. Henning Rehse denkt dabei an die Wermelskirchener Taxifahrer, die eine besondere Beziehung zu Verkehrsfragen in der Stadt hätten. Sie sollten deshalb gezielt auf das Thema angesprochen werden. *ma*



WNK UWG fordert: Taxifahrer einbeziehen. Foto: Michael Sieber

WiW mit 60 000 Euro unterstützen

04.11.2014

Stadtmarketing soll nach WNKUWG-Ansicht weitere Aufgaben übernehmen.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Bereits vor Einbringung des Haushalts 2015 positioniert sich die WNKUWG bei wichtigen Themen fürs nächste Jahr und hat entsprechende Anträge formuliert.

So soll der städtische Zuschuss an WiW für 2015 und die Folgejahre auf jährlich 60 000 Euro festgesetzt werden. „Die in den letzten Jahren seitens WiW erbrachte Leistung zeigt, dass es nachweislich unter Gesichtspunkten des Preis-Leistungs-Verhältnisses keine bessere Anlage städtischen Geldes in diesem Bereich gibt“, heißt es in dem Antrag.

In den Bereichen Tourismusförderung, Wirtschaftsförderung, Stadt- und Verkehrsentwicklung gebe es eine Reihe weiterer sinnvoller Betätigungsfelder, die durch die WiW wahrgenommen werden könnten und sollten, erklärte Fraktionschef Henning Rehse. Hierzu sei es allerdings auch unabdingbar, dass die insbesondere für die Aufstockung personeller Ressourcen erforderlichen Haushaltsmittel sei-

tens des Rates der Etatberatungen bereitgestellt werden.

Die erforderlichen Personal- und Sachmittel für die Erstellung des Grünflächenkatasters und eines sich daraus ableitenden Pflegeplans für die städtischen Grünanlagen sollen nach Ansicht der WNKUWG in den Haushalt 2015 aufgenommen werden. „Das Thema Grünflächenkataster steht seit Jahren auf der Tagesordnung. Bislang ist es auch in Ermangelung personeller Ressourcen nicht fertiggestellt“, schreibt Rehse.

Aus Sicht der WNKUWG-Fraktion ist es dringend geboten, das Grünflächenkataster schnellstmöglich als Arbeitsgrundlage für weitere Schritte fertigzustellen. Dazu sind die entsprechenden Ressourcen bereitzustellen. In einem zweiten Schritt müsse dann über die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung der sich daraus ableitenden Pflegepläne beraten werden.

Mit einer Gestaltungssatzung, die die Fraktion ebenfalls unterstützt,

soll das Stadtbild geschützt werden. Auch die Inklusionsplanung ist ein Thema. Hier soll die Verwaltung ermitteln, welche personellen und sächlichen Ressourcen benötigt werden.

„Nur wenn die Politik den von ihr als sinnvoll erachteten Projekte auch entsprechende personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung stellt, wird die Verwaltung in die Lage versetzt, diese Aufgaben auch umzusetzen und abzuarbeiten“, heißt es von der WNKUWG in einem Papier. „Aus unserer Sicht ist bereits heute absehbar, dass die Bereitstellung dieser Ressourcen notwendig ist.“

Es gebe bei diesen Anträgen sicherlich keinen Sinn, sie erst bei Beginn der Haushaltsplanberatungen zu stellen und die Position der Verwaltung erst zu erfahren, wenn der Haushalt verabschiedet ist. Deshalb stellt die WNKUWG die Anträge den Fraktionen zur Verfügung und hofft auf eine „zielgerichtete und konstruktive Bearbeitung“.

Projektvorschläge für „Leader“-Bewerbung

Von der Vernetzung des Tourismusangebotes bis hin zu einem Sinnesgarten ist alles dabei. BM 20.11.
2014

WERMELSKIRCHEN (wsb/tei.-) Ganz langsam startet das Verfahren um die Beteiligung von acht Nordkreis-Kommunen der bergischen Landkreise Oberberg und Rheinberg um EU-Fördermillionen im Rahmen des Projekts „Leader“: „Wir stehen ja noch ganz am Anfang des Wettbewerbs“, sagte Pressereferentin Birgit Bär vom Rheinisch-Bergischer-Kreis. „Für die Nennung von ganz konkreten Vorschlägen ist es noch zu früh.“

Die erste Veranstaltung im Bürgerzentrum in Wermelskirchen war gut besucht. Ideen und Vorschläge wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert. Bär nannte einige Beispiele: „Zum Thema Mobilität ist die Elektroenergie und der Ausbau eines Elektro-Tankstellensys-

tems wichtig. Auch zum Bereich alternative Wohnformen und generationsübergreifendes Wohnen wurden Vorschläge gemacht.“

Weitere Schwerpunkte waren die Bekämpfung der Leerstände im Einzelhandel, eine professionelle Stärkung des Ehrenamtes, eine Vernetzung der Tourismusangebote oder eine Verbesserung des Übergangs von Schule zum Beruf.

„Leader“ ist ein Förderprogramm der Europäischen Union, um die Entwicklung im ländlichen Raum zu stärken. Für die Bewerbung haben sich der Rheinisch-Bergische Kreis und der Oberbergische Kreis zusammengeschlossen. Die Bewerbungsphase läuft bis Februar 2015. Dann müssen sich die beiden Landkreise mit ihren Ideen und Vor-

schlägen anderen Bewerbern stellen, um Fördergelder zu bekommen. Aus dem insgesamt 70 Millionen Euro Fördertopf für NRW ergibt sich ein Anteil von über drei Millionen Euro für die acht Nordkreis-Kommunen der beiden Landkreise. Natürlich nur, wenn die Ideen und Vorschläge gut genug sind, um im Wettbewerb zu bestehen.

Nicht zu früh ist es für die WNKUWG, jetzt schon konkrete Vorschläge dem Kreis zu unterbreiten. Allein fünf handfeste Projektvorschläge werden gemacht, Stichworte für weitere mögliche Projekte werden da gleich mitformuliert. Besonders wichtig ist es der Fraktion, das Element Wasser als verbindendes „blaues Band“ zu berücksichtigen.

Die Fraktion kann sich vorstellen, das Bergische zu einem „bergischen Wasserland“ zu machen – quasi zu einer Kindergarten-Ausflugsregion als neue touristische Zielgruppe. Ob Wildgehege, Erlebnisbauernhof oder Spielscheune – all dieses wäre machbar. Vorgeschlagen wird auch ein Mehrgenerationen-Bewegungs- und Sinnesgarten. Die Bündelung von Mountainbike-Aktivitäten auf ausgewiesenen Strecken ist ein weiterer Projektvorschlag. Ebenso sollte der Aufbau eines touristischen Angebotes fürs Reit- und Radwandern eine Möglichkeit sein, die beiden Kreise zu vernetzen.

Kontakt Rheinisch-Bergischer-Kreis Gabi Wilhelm, 02202-13-2517; Oberbergischer Kreis Lutz Freiberg, 02261-88-6830.